GEW-info

Heft 8
Januar 2003

Zeitung der Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Fördern statt Auslesen

Vorrang für Bildung - unsere bildungs- und schulpolitischen Positionen

Arbeits- und Gesundheitsschutz für Lehrerinnen und Lehrer

Ein Billigmodell: die hessischen Vorlaufkurse

Intro

Impressum

Herausgeber:
Kreisverbände Offenbach-Stadt und -Land der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Redaktion:
Michael Köditz (v.i.S.d.P.),
Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt

Internet: www.gew-offenbach.de
e-mail: info@gew-offenbach.de

Layout: Beate Wurzrainer, Michael Köditz

Fotos:
Titelbild: Christa Rugen (Plakatmalaktion s. S. 5; von links Fritz Böhme, Dr. Wolfgang Christian, Dr. Gabriele Helfert)
Weitere Fotos stellten zur Verfügung:
Barbara Dietz-Becker (S. 7), Rainer Golembiewski (S. 23), Michael Köditz (S. 18, 19), Christa Rugen (S. 5, 11, 21, 22, 23 unten), Uli Simonis (S. 9), Ruth Storn (S. 4, 6),
in einigen Fällen war dabei nicht genau zu rekonstruieren, wer das Foto gemacht hat

Zeichnungen:
Alexandra Bastian (S. 2, 3, 12-13, 15, 16, 24), und Uli Simonis (S. 20 und 24 unten links)

Druck: Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage: 1800 Exemplare

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Ausgabe ein ganz herzliches Dankeschön!

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Fördern statt Auslesen“ ist eine zentrale Forderung unserer GEW-Kampagne. Dass durch individuelle Unterstützung sehr viel erfolgreicher gelernt werden kann als durch Aussortieren, weiß man in unseren Nachbarländern, die durch gute PISA-Ergebnisse glänzten, längst. Die hessische Politik setzt jedoch auf das Gegenteil: Verschärfung der Selektion, Verstärkung des Drucks auf Schülerinnen und Schüler.

Andere zum Lernen zwingen zu müssen, das ist eine furchtbare Aufgabe. Dass eine derartige Pervertierung der Lehrerrolle mit einem hohen Maß an Stress verbunden ist, sollte niemanden erstaunen. Der Preis für uns ist hoch. Nur der geringste Teil von uns schafft es, gesund bis zum Pensionsalter zu arbeiten. Wesentlich mehr Lehrer müssen schwer krank aus dem Dienst entlassen werden als andere Beamte. Die Dramatik führt die Zeichnung von Alex im Mittelteil dieses Heftes vor Augen.

Dass die Tätigkeit an hessischen Schulen gesundheitsschädigende Auswirkungen haben kann, ist für uns nicht weiter hinzunehmen. Es widerspricht aber auch gesetzlichen Regelungen. Ein Arbeitsschutzgesetz schreibt seit 1996 verbindlich vor, dass jeder einzelne Arbeitsplatz auf mögliche Gesundheitsgefahren untersucht werden muss. Maßnahmen zur Prävention sind zu erarbeiten.

Das Kultusministerium brauchte 6 Jahre, um einen Erlass zu verfassen, der die Umsetzung des Gesetzes für die hessischen Lehrkräfte regelt. Und damit diese Aufgabe angegangen werden kann, gibt es jetzt schulamtsweit - also für sämtliche Schulen in Stadt und Kreis Offenbach zusammen – 6 Stunden Entlastung. Deutlicher kann man wohl kaum machen, welchen Stellenwert man unserer Gesundheit zumisst. Schulleitungen und Schulpersonalräte stehen vor der Frage, ob sie sich selbst noch weiter belasten, also möglicherweise ihre eigene Gesundheit gefährden sollen, um das Arbeitsschutzgesetz zu erfüllen und die Ursachen der Vielzahl von Erkrankungen im Detail zu analysieren.

Eine gründliche Analyse würde sich damit beschäftigen müssen, wie die Struktur unserer Schule dazu beiträgt, dass so viele von uns krank werden. Aber da will zur Zeit niemand ran. Dass die Struktur gleichzeitig wenig effektiv ist, scheint kaum zu stören. Dabei spielen natürlich finanzielle Interessen eine Rolle. Eine grundlegende Umstellung wäre ohne zusätzlichen Aufwand nicht zu haben. Und darum wollen die großen Parteien nicht an den Fundamenten unseres Schulsystems kratzen.

Auch bei der Entwicklung der Konzeption – soweit man überhaupt davon reden kann – für die neuen hessischen Vorlaufkurse standen ganz offensichtlich Sparinteressen im Vordergrund. Die Lehrkräfte, die dort ohne Vorbereitung eingesetzt wurden, werden Probleme bekommen, wenn sie sich nicht damit zufrieden geben wollen, nur „halbe“ Arbeit zu leisten.

Das ist symptomatisch für den Zustand unseres Bildungswesens. Insgesamt besteht wenig Hoffnung, dass in absehbarer Zeit eine deutsche Landesregierung die Entwicklung eines Schulsystems angehen wird, das pädagogischen und psychologischen Erkenntnissen in vollem Umfang gerecht wird und in dem ein befriedigendes Lernen und Arbeiten möglich ist.

So, wie sie ist, macht die Schule nicht nur Lehrkräfte kaputt, sondern nützt auch unseren Schülerinnen und Schülern zu wenig. Arbeitsbedingungen, die einer erfolgreichen und damit befriedigenden Tätigkeit entgegenstehen, machen krank. Hierin haben die Themen dieses Heftes ihren inhaltlichen Zusammenhang.

Manchmal scheint es so, als stünden wir gegen eine Allparteienkoalition. Oft scheint nichts als Sparen mehr zu zählen. Gerade darum sollten wir nicht nachlassen, die Probleme unseres Berufsalltags deutlich zu machen. Niemand soll die Augen davor verschließen können, wie es an unseren Schulen wirklich zugeht.

Dazu können auch ganz konkrete Schilderungen aus dem Unterricht beitragen, wie hier aus der Sicht einer Schülerin und eines Lehrers dargestellt. Wenn solche Berichte humorvolle Elemente haben, ist das durchaus gewollt. Wie Schule (nicht) funktioniert, das hat oft auch komische Seiten.

Ein gutes neues Jahr wünscht euch

Michael Köditz

Inhalt

Vorrang für Bildung

Gesundheitsschutz

Vorlaufkurse

Vorrang für Bildung – Fördern statt Auslesen – Arbeitsbedingungen verbessern
Unsere schul- und bildungspolitischen Positionen 4

GEW-Team bemalt Plakatwand 5

Presseerklärung der GEW-KV OF-Stadt und -Land 5

Sonderpädagogik:
Fördern statt Auslesen 6

Arbeitsbedingungen verbessern! 7

Arbeits- und Gesundheitsschutz
Für Lehrerinnen und Lehrer 8

Mitglieder des Arbeitsschutzausschusses: 9

Macht Schule krank? 9

Schwierige Klassen – Stress für Lehrkräfte 10

Antworten von Abiturienten auf die Frage:
„Was hast du in der Schule gelernt?“ 11

Karikatur
Gründe für das Ausscheiden aus dem hessischen Schuldienst 12

Berichte aus dem Schulalltag aus Lehrer- und Schülerinnensicht
Aus Lehrersicht: Die Tretmühle 14

Aus Schülerinnensicht: Unser Unterricht bei Herrn S. 15

Sprachförderung in Vorlaufkursen
Ein hessisches Billigmodell 16

Handstreichpolitik im Landkreis Offenbach
Landrat Walter im Stil eines schweizerischen Landvoigts 20

PC-Systembetreuung an den Schulen 21

AG Gymnasien nimmt Stellung
Zur Veröffentlichung der Ergebnisse des Mathematik-Wettbewerbs 2001 22

Adressen und Zuständigkeiten
Kreisvorstände OF-Land und OF-Stadt 23

VORRANG FÜR BILDUNG
FÖRDERN STATT AUSLESEN
ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Unsere schul- und bildungspolitischen Positionen

Die GEW erwartet, dass aus den Ergebnissen der PISA-Studie Konsequenzen gezogen werden, die mittelfristig die Schulstruktur dahingehend verändern, dass:

- gemeinsames Lernen (und damit tendenziell auch Chancengleichheit) verwirklicht wird – statt Trennung und Abschottung einzelner Schulformen voneinander
- in der Schule anders gelernt wird

Die Realisierung gemeinsamen Lernens ist unter Umsetzung folgender Schritte anzustreben:

- Abbau der äußeren Differenzierung
- Praktizierung von Förderprogrammen für individuelles Lernen einschließlich Diagnostik von Stärken und Schwächen einzelner Schüler/innen
- Dokumentierung des individuellen Lernfortschritts/-erfolgs bis mindestens zur Jahrgangsstufe 6 mittels sehr differenzierter Diagnosebögen – Rücknahme der Pflicht zur Notengebung in Klasse 2 als erster Schritt
- Ausweitung von schulformübergreifenden Unterrichtsangeboten an kooperativen Gesamtschulen
- Einführung der sechsjährigen Grundschule/eines einheitlichen Bildungsabschlusses nach 10 Schuljahren

Das andere Lernen in der Schule lässt sich unter Realisierung folgender Bedingungen erreichen:

- Ausweitung adäquater Aus- und Fortbildungsangebote, um neue Unterrichtskonzepte (individuelles Lernen, Projektunterricht, Diagnostik) umzusetzen
- Ausweitung von schulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel der Errichtung der obligatorischen Ganztagsschule (mit Unterrichtszeiten am Vor-. und Nachmittag) – Einführung eines entsprechenden Angebots in jeder einzelnen Kommune des Kreises Offenbach
- Reduzierung der Klassenstärken – Ziel: keine Klasse über 20! Erster Schritt: sofortige Streichung des § 2 (2) der Verordnung über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen (der eine Erhöhung der Schülerhöchstzahlen um 3 Schüler gestattet)
- Aufgabe jeglicher Privatisierungsabsichten: Schulorganisation und -bewirtschaftung müssen pädagogischen Erfordernissen entsprechen und dürfen nicht ökonomischen Vorgaben unterworfen werden

Diese bildungspolitischen Erfordernisse lassen sich nur mit Zustimmung/Unterstützung der in den Schulen arbeitenden Lehrkräfte realisieren. Diese ist zu erwarten, wenn gleichzeitig deren Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die GEW erwartet deshalb konkret:

- Rücknahme der Erhöhung der Pflichtstundenzahl einschließlich der Streichung der „Vorarbeitsstunde" (der 35 – 50jährigen)
- Verminderung der Unterrichtsverpflichtung von Referendaren bei gleichzeitiger Erhöhung der Anwärterbezüge auf mindestens 1.500 Euro
- Erhöhung der Schuldeputate
- Einführung einer Anrechnungsstunde für Klassenlehrer/innen
- Absicherung und Ausweitung der Altersteilzeit auch auf das Teilzeit-Modell
- Schaffung von entsprechenden zusätzlichen Lehrer/innenstellen im Landeshaushalt

Zur Finanzierung der oben genannten Maßnahmen bedarf es einer völligen Umgestaltung der Steuerpolitik:

- Wiedereinführung der Vermögens-, Gewerbekapital- und Börsenumsatzsteuer, der Besteuerung von Gewinnen aus Beteiligungsverkäufen
- drastische Erhöhung der jetzigen Körperschaftssteuersätze
- Einführung einer Kapitalverkehrssteuer (Tobin-Steuer)
- Ausweitung der Steuerfahndung

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Offenbach-Land am 05. Juni 2002

Pressekonferenz beider Offenbacher GEW-Kreisverbände vor unserer Plakatwand in der Sprendlinger Landstraße

GEW-Team bemalt Plakatwand

Um auf die bundesweite GEW-Kampangne „Vorrang für Bildung" in Offenbach aufmerksam zu machen, gestalteten Fritz Böhme, Dr. Wolfgang Christian, Dr. Gabriele Helfert und Christa Rugen am 15.10.02 eine Plakatwand an einer viel befahrenen Offenbacher Ausfallstraße (vgl. Titelbild). Ihre Malaktion sorgte für Aufsehen. Passanten diskutierten die Forderungen, ein ver.di-Kollege brachte unseren Künstlerinnen und Künstlern spontan Süßigkeiten, und auf einer anschließenden Pressekonferenz ließen sich Reporterinnen der „Frankfurter Rundschau" und der „Offenbach-Post" von unseren Kreisvorstandsmitgliedern informieren. Beide Zeitungen berichteten am nächsten Tag mit Foto von der Aktion.

Ein herzliches Dankeschön allen Beteiligten!

Presseerklärung der GEW-KV OF-Stadt und -Land

Vorrang für Bildung – Fördern statt Auslesen – Arbeitsbedingungen verbessern

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben die Mängel des deutschen Schul- und Bildungssystems mit aller Deutlichkeit offenbart:

- die massiven Defizite deutscher Schülerinnen und Schüler in Lesekompetenz und (konsequenterweise!) in mathematischer und naturwissenschaftlicher Grundbildung
- die Zugehörigkeit zur sozialen Schicht bestimmt den schulischen Bildungsweg
- die frühe Selektion in unterschiedliche Schulformen
- die schulstrukturellen Probleme: viele schlechte und nur wenige gute Schulabgänger
- die relative Erfolglosigkeit – trotz (oder wegen?) der frühen Selektion – auch der Eliten des deutschen Bildungssystems
- der im internationalen Vergleich geringe Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

Vor diesem Hintergrund fordert die GEW eine radikale Bildungsoffensive mit dem zentralen Ziel der individuellen Lernförderung! Dem steht die Schulpolitik der Hessischen Landesregierung mit ihrer Förderung durch Auslese diametral entgegen.

Die GEW fragt nach dem Wert einer Unterrichtsgarantie, die sich auf die Erteilung des Pflichtunterrichts laut Stundentafel beschränkt, gleichzeitig zu deutlich ansteigenden Klassenstärken führt und keinerlei Raum für die Praktizierung von Förderprogrammen für individuelles Lernen lässt!

Parallel zur radikalen Bildungsoffensive fordert die GEW eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die im Bildungsbereich Beschäftigten. Dazu gehört insbesondere eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung. Diese Forderung wird begründet mit der deutlichen Zunahme außerunterrichtlicher Tätigkeiten (Beratung, Betreuung, Koordination, Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen, Fort- und Weiterbildung u.v.m.).

Die von der GEW geforderte Schul- und Bildungspolitik erfordert zusätzliches Geld. Dieses ist in der BRD reichlich vorhanden, durch eine alternative Steuer- und Finanzpolitik in staatliche Kassen zu befördern und anschließend vorrangig für den Bildungsbereich zu verwenden.

Um diesen begründeten und berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen ruft die GEW – im Rahmen ihrer landesweiten Kampagne – zur zentralen Demonstration am Dienstag, dem 22. Oktober 2002 um 16.00 Uhr am Frankfurter Hauptbahnhof (Südseite) auf. Die anschließende Kundgebung findet um 16.30 Uhr auf dem Opernplatz statt. All diejenigen Menschen, die das GEWerkschaftliche Anliegen unterstützen, sind zur Teilnahme aufgerufen!

Diese Erklärung wurde am 15. Oktober 2002 auf der Pressekonferenz der GEW-Kreisvorstände Offenbach-Stadt und -Land vor der Plakatwand in der Sprendlinger Landstraße abgegeben.

Wer Öffentlichkeitsarbeit macht, muss sich manchmal ganz schön strecken: Christa Rugen im Offenen Kanal

Sonderpädagogik: Fördern statt Auslesen

Die Spirale der Aussonderung von Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen oder Verhaltensauffälligkeiten dreht sich unaufhaltsam weiter und erreicht landesweit Rekordhöhen. „Das heißt, dass die verschiedenen Formen des gemeinsamen Unterrichts und der Prävention, die es mittlerweile in Deutschland gibt, nicht dazu beigetragen haben, dass die Überweisungen in die Sonderschulen geringer werden." (Helmut Reiser: Vortrag vor der KMK in Schwerin zum Thema „Perspektiven der sonderpädagogischen Förderung in Deutschland".)

Auch Offenbach liegt voll im Trend! Im Schuljahr 2001/2002 stieg die Zahl der Überprüfungsverfahren auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs im Schulaufsichtsbereich des Staatlichen Schulamts für den Landkreis und die Stadt Offenbach im Vergleich zum Vorjahr um 12%, d.h. es wurden 620 sonderpädagogische Überprüfungsverfahren durchgeführt, davon allein 391 im Bereich der Lernhilfe.

Die Reaktion im Staatlichen Schulamt: ratloses Schulterzucken und die schlichte Prophezeiung, dass die Zahlen weiter steigen werden. Anstatt die Integrationskraft der allgemeinbildenden Schulen zu stärken, wurde diese durch die Schulgesetznovellen radikal beschnitten. Politischer Wille von CDU und FDP war und ist es, die Auslesemechanismen zu verschärfen. „Unsere Untersuchungen... zeigen, dass die Verteilung der sonderpädagogischen Arbeit auf integrierte und separierte Settings auch durch politische Vorgaben und durch das Handeln der Schulverwaltungen beeinflussbar ist." (H. Reiser, ebenda.)

Große Hoffnungen werden an den Ausbau der Sonderschulen zu Beratungs- und Förderzentren geknüpft; seit diesem Schuljahr sind es in Hessen 67. Die Idee ist gut und weist auch in die richtige Richtung. Es fehlt aber an Glaubwürdigkeit, denn wieder einmal wurden die notwendigen personellen Ressourcen nicht den Erfordernissen entsprechend ausgeweitet.

Das bedeutet: Im Staatlichen Schulamt Offenbach gibt es zwar seit dem 1. August 2002 drei neue Beratungs- und Förderzentren mit je zwei Lehrerstellen. Diese 6 Stellen wurden aber nicht zusätzlich zugewiesen, sondern müssen aus dem Gesamtrahmen der Stellen für die sonderpädagogische Förderung zu Lasten anderer sonderpädagogischer Maßnahmen erbracht werden. Kürzungen erfolgten im ambulanten Sprachheildienst (- 4,5 Stellen), in der ambulanten Erziehungshilfe (- 1,5 Stellen), an den Beruflichen Schulen (- 0,5 Stellen). Dort fehlen jetzt diese Stellen!

Auch der gemeinsame Unterricht verkümmert zu einem Scheinangebot. Der Stellenumfang für die integrative Beschulung wird seit Jahren rigide klein gehalten. Er reicht in der Regel nur zur Fortführung bereits eingerichteter Maßnahmen. Die wenigen neuen Maßnahmen sind Schulanfängern und Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf Erziehungshilfe vorbehalten. Die Zahl der Anträge auf gemeinsamen Unterricht übersteigt die Genehmigungen bei weitem.

Dabei können wir es ja inzwischen tagtäglich in der Presse und in Fachzeitschriften nachlesen:

- Die frühe Selektion wirkt sich nachteilig auf das Bildungsniveau aus
- Die Bildungsbenachteiligten bleiben unterprivilegiert
- Das selektive Lösungsparadigma führt nicht aus der Bildungsmisere heraus, sondern verschärft sie

Der antiquierte Traum von der homogenen Lern- und Leistungsgruppe wurde schonungslos als Irrweg bewiesen. Ungeachtet dessen werden vor allem Kinder mit Lern- und Verhaltensproblemen weiterhin begutachtet, geprüft, vermessen, ein-, um- und aussortiert, in „fähig" und „unfähig" eingestuft. Der Separationsmythos zum „Wohle des Kindes" wird warm gehalten. Das Argument, es könne nur in einer leistungshomogenen Gruppe „richtig" gefördert werden, ist immer noch – auch in vielen Sonderschulen – zu hören, und das trotz besseren Wissens und durch vielfältige Untersuchungen widerlegt.

Die Frage, passt dieses Kind in eine leistungsstarke oder eine leistungsschwächere Klasse, steht oftmals im Vordergrund. Sie geht von einem überholten Lösungsmuster aus und bezieht sich damit auf einen begrenzten Begabungsbegriff, der sich nur an messbarem und abfragbarem Faktenwissen in den einzelnen Unterrichtsfächern orientiert. Diese Kriterien für die Zuweisung eines Schülers oder einer Schülerin in eine Lerngruppe haben sich als untauglich erwiesen.

In vielen Köpfen ist immer noch nicht angekommen, dass sich die Länder, die in der PISA-Untersuchung am besten abgeschnitten haben, schon lange vom Fetisch der Homogenität in Lerngruppen verabschiedet haben und die Kraft der Heterogenität nutzen.

Trotz dieser Erkenntnisse wird von der hessischen Landesregierung weiterhin alles getan, damit die Kultur der Selektivität gepflegt wird. So wird beispielsweise in einer Presseerklärung des HKM am 28. 10. 2002 behauptet: „Verantwortungsbewusste Bildungspolitik heißt, Kinder gemäß ihrer Begabung optimal zu fördern. Je nach Grad der Behinderung kann dies bedeuten, dass die gezielte Förderung in einer Sonderschule dem Kind besser hilft als integrativer Unterricht." Damit bleibt eine Schule für alle Kinder eine Utopie.

In Finnland wird die integrative Pädagogik seit Jahren konsequent umgesetzt. Darüber besteht ein hoher gesellschaftlicher Konsens. Alle Sonderschule sind seit mehreren Jahren geschlossen. Die Essenz des finnischen Bildungssystems:

- **Jeder gehört dazu!**
- **Jeder ist willkommen!**
- **Keiner darf beschämt werden!**

Gabriele Bechtel

Arbeitsbedingungen verbessern!

Schule ist mehr als regelmäßiger Unterricht!
Die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte müssen verbessert werden!

Schon im Jahr 1950 betrug die Arbeitszeit für Lehrer an Gymnasien 25 Wochenstunden – im Jahr 2002 ist dies noch immer so (die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erreichten im selben Zeitraum eine Reduzierung von 48 auf 38,5 Stunden, d.h. um mehr als 20%). Die Arbeitsbelastung für Lehrerinnen und Lehrer ist im genannten Zeitraum durch die Übernahme vieler zusätzlicher Aufgaben noch erheblich angewachsen:

- das Unterrichten und die Vorbereitungen von Unterricht sind heute durch vielfältige Verwaltungs- und Rechtsvorschriften erheblich arbeitsintensiver und aufwändiger als früher,
- Klassenlehrer und Tutoren regeln vermehrt Konflikte zwischen Schülern, Eltern und Ämtern, bereiten Klassen- und Studienfahrten vor und begleiten die Schüler während dieser Veranstaltungen, arbeiten mit Eltern zusammen und koordinieren außerunterrichtliche Aktivitäten wie z.B. internationale Schülerbegegnungen,
- die Kolleginnen und Kollegen unterstützen die Lehrerinnen und Lehrer in Ausbildung (Studienreferendarinnen und Studienreferendare)
- die Pflege umfangreicher Sammlungen, von Bibliotheken und Computersystemen erfordert erheblichen Zeitaufwand,
- die Arbeit im Bereich der Drogen- und Gewaltprävention musste intensiviert werden,
- die Weiterbildung beim Erlernen neuer Unterrichtsmethoden und neuen Fachwissens in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft muss weitgehend außerhalb der Regelarbeitszeit geleistet werden.

Um all diese Aufgaben, deren Wichtigkeit nicht bestritten wird, verantwortlich erfüllen zu können, fordern wir von der Landesregierung und den politisch Verantwortlichen:

- eine generelle Verkürzung der Lehrerarbeitszeit auf maximal 20 Wochenstunden Unterricht,
- die Erhöhung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben neben der Unterrichtstätigkeit (Schuldeputat),
- je eine Klassenlehrer- bzw. Tutorenstunde und
- eine Verbesserung der Altersteilzeitregelung.

Die Qualität von Unterricht kann nur mit engagierten und motivierten Lehrkräften gesteigert werden. Engagement und Motivation erhält sich ein Arbeitgeber nur dann, wenn er seinen Beschäftigten Zeit gibt, Zeit zum Planen, zum Überlegen und zum verantwortlichen Handeln. Überbelastung führt zu größerem gesundheitlichen Verschleiß und damit zu vermehrtem Unterrichtsausfall.

Resolution der Personalversammlung des Friedrich-Ebert-Gymnasiums Mühlheim (einstimmig verabschiedet am 18.10.02)

GEW-Demo „Vorrang für Bildung" am 22.10.02 in Frankfurt (Main); das Foto stellte die Pressestelle unseres Landesverbands zur Verfügung

Arbeitsschutzausschuss für die Schulen in Stadt und Kreis Offenbach endlich gebildet

Seit über zwei Jahren bemühte sich die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat um die Einrichtung eines Ausschusses für Arbeitsschutz, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Staatlichen Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main.

Am 20.08.2002 konstituierte sich endlich dieser Ausschuss.

Grundlage für die Arbeit des Ausschusses sind das Arbeitssicherheitsgesetz vom 12. Dezember 1973, das Arbeitsschutzgesetz vom 7. August 1996 und das Sozialgesetzbuch (SGB) III. Diese Gesetze kommen nun – mit sechsjähriger Verspätung – auch in einem Erlass für hessische Schulen zur Anwendung, der im Amtsblatt vom Juni 2002 veröffentlicht ist.

Die Rechtslage

Vor allem die Schulleiterin oder der Schulleiter trägt besondere Verantwortung für den Bereich Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung für die Schule vor Ort:

Sie oder er muss eine Gefährdungsanalyse (ArbSchG §5) sowohl für die psychische und körperliche Belastung von Schülerschaft und Kollegium als auch für die baulichen Gefährdungen vor Ort erstellen. Dabei ist die Mitarbeit von Personalratsvertretern, dem Hausmeister, dem Sicherheitsbeauftragten der Schule und SV-Vertretern erforderlich.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann zu einer Schulbegehung mit dem Ziel der Gefährdungsanalyse auch Vertreter des Schulträgers, die Betriebsärztin des Arbeitsmedizinischen Dienstes, die Sicherheitsfachkraft des RP Darmstadt und Vertreter der Unfallkasse Hessen zur Beratung einladen (siehe Adressenliste).

Weiterhin muss die Schulleiterin oder der Schulleiter geeignete Maßnahmen treffen, für eine geeignete Organisation sorgen und Mittel bereitstellen, um die festgestellte Gefährdung zu beseitigen.

Die Beschäftigten müssen unterrichtet und unterwiesen werden. Eine Kontrolle der Einhaltung der getroffenen Maßnahmen und deren Wirksamkeit muss erfolgen. Schließlich müssen alle unternommenen Schritte dokumentiert werden (siehe Arbeitsschutzgesetz).

Aufgaben des Ausschusses

Der Ausschuss Arbeitsschutz am Staatlichen Schulamt ist vor allem als beratendes Kontrollgremium zu sehen, das Schulen informiert und prüft, ob die Maßnahmen für Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung an Schulen umgesetzt werden.

Außer der Gefährdung durch die bauliche Situation (Asbest, PCB, Schimmelpilze in alten Teppichböden, PVC. Böden, Anstrichen, Isolierungen etc. und Brandschutzfragen) ergibt sich für die Arbeit des Ausschusses folgender Schwerpunkt:

Psychische und körperliche Belastungen:
Neuere Studien zur Lehrerarbeitszeit belegen, dass die Arbeitsbelastungen sowohl für Lehrkräfte als auch für Schulleitungen wachsen. Die Folgen dieser zunehmenden Arbeitsbelastungen zeigen sich schon jetzt an der wachsenden Zahl an ausscheidenden Lehrkräften durch Frühpensionierungen oder Tod, sowie einem steigenden Krankenstand.

Zur Erfassung der psychischen Belastungen von Lehrkräften an Schulen wurde vorgeschlagen, die Checkliste der Unfallkasse Hessen „Beurteilung von Gefährdungen und Belastungen an Lehrerarbeitsplätzen" (GUV 50.11.60) an die Schulleiter in zweifacher Ausführung in einer der nächsten Schulleiterdienstversammlungen zu verteilen.

Medizinische Betreuung:
Weitgehend unbekannt ist es, dass Lehrkräfte auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch der Schulleiterin/des Schulleiters von einer Betriebsärztin des Arbeitsmedizinischen Dienstes (siehe Adressenliste) auf Kosten des Landes Hessen untersucht werden können, um arbeitsplatzbedingte gesundheitliche Einschränkungen zu dokumentieren, zulässige Belastungen einzugrenzen und den Arbeitsplatz entsprechend diesen Erfordernissen anzupassen.

Bisher erfolgte dies nur für schwerbehinderte Lehrkräfte beim Amtsarzt, wobei die Schwerbehindertenvertreterin immer wieder moniert, dass ihre Interventionen von einigen Schulen nicht beachtet und die Fürsorgepflicht nicht immer eingehalten wird.

Die Befunde des Arbeitsmedizinischen Dienstes sind ebenfalls für Amtsärzte der Gesundheitsämter oder der Versorgungsstellen relevant.

Informationen:
Im Vorfeld der Einrichtung des Arbeitsschutzausschusses hat die GEW-Fraktion auf einer Personalräteschulung alle örtlichen Personalräte über Inhalt und Verfahrensweisen des Erlasses „Arbeitsschutz" vom 04.06.2002 informiert und mit den genannten Gesetzestexten ausgestattet. Ebenso erhielten die Personalräte umfangreiche Adressenlisten. Sollten diese Informationen an den Schulen nicht angekommen sein, so liefern wir sie auf Anfrage nochmals nach.

Frau Mölter übernahm als Dezernentin des Staatlichen Schulamtes die Aufgabe, alle Schulleitungen zu informieren.

Mitglieder des Arbeitsschutzausschusses:

Dezernentin des Staatlichen Schulamtes Offenbach
Frau Ursula Mölter
- Generalistin -
Staatliches Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main
Platz der Deutschen Einheit 5
63065 Offenbach
Tel.: 069-800 53-284
Fax: 069-800 53-333
E-mail: u.moelter@of.ssa.hessen.de

Vertreter des Schulträgers Stadt Offenbach
Herr Bodo Zinser
Stadtschulamt Offenbach
Ziegelstraße 8
63061 Offenbach am Main
Tel.: 069-8065-2615
Fax: 069-8065-3425
E-mail: bodo.zinser@offenbach.de

Herr Detlef Thomsen
Personalamt Stadt Offenbach
Sicherheitstechnischer Dienst 11.5
Berliner Straße 100
63061 Offenbach am Main
Tel.: 069-8065-2172
Fax: 069-8065-3419
E-mail: detlef.thomsen@offenbach.de

Vertreter des Schulträgers Kreis Offenbach
Frau Renate Heckel
Leiter Fachdienst Schulservice
Kreis Offenbach
Werner-Hilpert-Str. 1
63128 Dietzenbach
Tel.: 06074-8180-4148
Fax: 06074-8180-4914
E-mail: r.heckel@kreis-offenbach.de

Herr Heinz-Rudi Keim
Kreis Offenbach
Werner-Hilpert-Str. 1
63128 Dietzenbach
Tel.: 06074-8180-4160
Fax: 06074-8180-4914
E-mail: r.keim@kreis-offenbach.de

Betriebsärztin des Arbeitsmedizinischen Dienstes
Frau Dr. S. Lindner
BAD Gesundheitsvorsorge + Sicherheitstechnik GmbH
Zentrum Offenbach
Eifelweg 8-10
63069 Offenbach am Main
Tel.: 069-837037
Fax: 069-836759
E-mail: lindner@bad606.bad-gmbh.de

Sicherheitsfachkraft RP Darmstadt
Herr Dipl. Ing. Wolf-Richard Weigelt
Regierungspräsidium Darmstadt
- Arbeitssicherheitstechnischer Dienst -
Willy-Brandt-Straße 23
63650 Hanau
Tel.: 06181-3058-56
E-mail: wr.weigelt@rpu-hu.hessen.de

Mitglieder GPRLL
Herr Thomas Kiele
Konrad-Lang-Str. 8
63128 Dietzenbach
Tel.: 06074-32233
E-mail: thomas.kiele@gew.offenbach.de

Herr Michael Köditz
Am Leinritt 10
60386 Frankfurt am Main
Tel.: 069-40807840
E-mail: m.koeditz@gew-offenbach.de

Mitglied der Schwerbehindertenvertretung
Frau Charlotte Flörke
Strandpromenade 24
63110 Rodgau
Tel.: 06106-74268

Quelle: *Protokoll der Konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Arbeitschutz, Sicherheit und Gesundheitsschutz an Schulen.*

Thomas Kiele

Lehrerarbeitszeit

Die mit Abstand am breitesten angelegte Untersuchung zur Lehrerarbeitszeit fand 1998 in Nordrhein-Westfalen statt. Vom Kultusministerium wurde die unabhängige Unternehmensberatung Mummert und Partner beauftragt. Ihre Stichprobe umfasste 6059 Lehrerinnen und Lehrer. Sie ermittelten eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 47,3 Stunden (a 60 Minuten) pro Unterrichtswoche.

Macht Schule krank?

Diese Frage untersuchte das Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universität Erlangen auf der Grundlage von 7103 amtsärztlichen Gutachten zur Feststellung der Dienstunfähigkeit von Lehrkräften im Zeitraum 1996-1999. Wir zitieren aus dem Ergebnis: „Hauptursache vorzeitiger Dienstunfähigkeit von Lehrkräften im Freistaat Bayern ist das Vorliegen einer psychischen/psychosomatischen Erkrankung. Mittlerweile erfolgt mehr als jede zweite krankheitsbedingte Frühpensionierung in dieser Berufsgruppe aufgrund einer derartigen Gesundheitsstörung. ...Auffällig ist weiterhin ein steigender prozentualer Anteil an ärztlichen Dienstunfähigkeitsempfehlungen. Bei konstantem Gutachtenaufkommen und gleich bleibenden einheitlichen Beurteilungskriterien könnte die Entwicklung dahingehend interpretiert werden, dass die begutachteten Lehrkräfte immer kränker werden. ...Zusammenfassend müssen die vorliegenden Ergebnisse alarmieren und begründen einen dringenden Handlungsbedarf." (Andreas Weber et al., Macht Schule krank?, in: Bayerische Schule, 6-2001, S.7).

Lehrkräfte, die aufgrund ihrer Arbeitsbelastungen erkranken, können sich vom Bundesarbeitsmedizinischen Dienst kostenlos untersuchen lassen. Der BAD ist unser Betriebsarzt. Im Fall arbeitsbedingter Erkrankung muss er den Arbeitsplatz inspizieren und ggf. Erleichterungen zur Erhaltung der Gesundheit veranlassen. Der BAD darf nicht die Berechtigungen von Krankmeldungen überprüfen, d.h., er steht auf unserer Seite bzw. auf der Seite unserer Gesundheit.

Der BAD Offenbach hat die Telefonnummer 83 70 37 und ist im Eifelweg 8-10.

Schwierige Klassen – Stress für Lehrkräfte

Die Arbeit in der Schule macht viele Lehrerinnen und Lehrer krank. Das jedenfalls lässt sich aus Statistiken zu Frühpensionierungen schließen. Bundesweit wurden 2001 54% aller Lehrkräfte wegen Dienstunfähigkeit aus Krankheitsgründen pensioniert, andere Beamte aber nur zu 37%. Das teilte das Statistische Bundesamt im November 2002 mit. In Hessen sind die Zahlen noch höher, das macht die Zeichnung von Alex im Mittelteil dieses Heftes deutlich.

Stress macht krank. Und darunter haben Lehrkräfte stark zu leiden. Im unserem Beruf stresst nicht nur die Arbeitshetze, die ständige Zunahme von Aufgaben und eine offensichtlich grenzenlose Arbeitszeit. Besonders belastend ist es auch, wenn die Arbeit nicht auf positive Resonanz stößt, wenn kaum Erfolge sichtbar werden, wenn auf alle Bemühungen nur mit Ablehnung oder Ignoranz reagiert wird.

Das erleben viele Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht jedoch regelmäßig. Haupt- und Berufsschulklassen, in denen Schülerinnen und Schüler in der Pubertät unterrichtet werden, haben einen besonders schlechten Ruf. Die Erlebnisse, die Lehrkräfte in solchen Klassen haben, sind oft so dramatisch, dass viele Kollegien bei der Frage, wer dort unterrichten muss, jede Solidarität verlässt; manchmal es geht bei der Unterrichtsverteilung zu wie bei dem Kinderspiel „Reise nach Jerusalem".

„Aus einigen Klassen bin ich schon rausgelaufen und in Tränen ausgebrochen", erzählte mir eine Kollegin, als ich noch Referendar war. – „In diesem Jahr geht es mir etwas besser. Die schwierigsten Schüler sind nicht versetzt worden, und ich gehe jetzt ohne Bauchschmerzen in meine Klasse," schrieb mir vor kurzem eine engagierte Kollegin, die mehr als 30 Jahre Unterrichtspraxis hat. Ich habe selbst erlebt, wie es sich anfühlt, 45 Minuten in extrem unruhigen Klassen zu unterrichten, gegen Wände zu reden, Kränkungen und Bedrohungen auszuhalten und dabei vielfältigste Methoden und Ansätze überhaupt auszuprobieren, ohne dass irgendein Erfolg zu verzeichnen wäre. Derartige Erfahrungen machen die meisten von uns, und sie gehen an uns keineswegs spurlos vorüber.

Im Gespräch mit Freunden und Nachbarn höre ich immer wieder: „Deinen Job möchte ich nicht haben. Ich wüsste nicht, wie ich mit den jungen Leuten heute umgehen sollte...". Wer lässt sich schon gerne mit der Wucht jugendlicher Grenzenlosigkeit beschimpfen, austricksen, beleidigen? Die meisten Menschen wissen schon ganz genau, was die Crux am Lehrerberuf ist; medizinische Untersuchungen, die belegen, dass Pulsfrequenz und Blutdruck sich vor einer Schulklasse verändern können wie bei einem Rennfahrer, der ein Rennen fährt, bestätigen dies. Darum haben auch immer weniger junge Menschen Lust, unseren Beruf zu ergreifen.

Diese Belastungen sind einfach nicht mehr zu tolerieren. Sie sind ein Grund für die hohe Zahl von Kolleginnen und Kollegen, die so schwer krank werden, dass der Amtsarzt sie frühpensionieren muss. Aber auch die Schülerinnen und Schüler in diesen Klassen sind keineswegs zufrieden. Sie langweilen sich, finden ihre Schulzeit sinnlos und sind über die Unterrichtsstörungen anderer erbost. Und dabei lauern im Hintergrund Zukunftsängste und Gefühle von Perspektivlosigkeit.

Diese Problematik muss endlich gelöst werden. Dass Lehrkräfte regelrecht verheizt werden, ist auf Dauer nicht weiter hinzunehmen. Aber nicht nur vielen Lehrkräften wird durch schwere Erkrankung oder gar frühzeitigem Tod ein Teil ihres Lebens gestohlen. Auch für die beteiligten Schülerinnen und Schüler bedeutet Schule vergeudete Lebenszeit, wenn sie nichts lernen, außer dass sich negative Haltungen verfestigen.

Nachdem das HKM unter der letzten SPD-Grünen-Regierung „Reformen" vornehmlich als Camouflage für Kürzungen genutzt hatte, geht die CDU einen anderen Weg. Durch verschärfte Eingangsvoraussetzungen für weiterführende Schulformen, Zensurendruck, standardisierte Prüfungen und Vereinfachung der Anwendung disziplinarischer Mittel wurde der Druck auf die Schülerinnen und Schüler erhöht. Aber kann hier wirklich eine rückwärts gewandte Pädagogik unter dem Motto: „Verschärfung der Selektion" helfen?

Die Vorstellung, hier mit mehr Druck etwas verändern zu können, geht davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler ihr Verhalten ändern könnten, wenn sie nur wollten. Sollten wir sie also Mores lehren, damit sie sich mehr zusammenreißen? So funktioniert das leider nicht. Die Verhaltensauffälligkeiten vieler Schülerinnen und Schüler sind vielmehr als Ausdruck von Sozialisationsdefiziten zu verstehen. Hier wäre es notwenig, Möglichkeiten zur Nachreifung bereitzustellen. Repressive Lernformen sind jedoch nur sehr begrenzt der Entwicklung des Menschen förderlich; der Ausbildung einer eigenständigen, motivierten und kooperationsfähigen Persönlichkeit wird eher entgegengewirkt.

Stärkerer Druck kann also kaum zu den gewünschten Änderungen führen. Viele Schülerinnen und Schüler sind – oft hinter großartigen Wunschvorstellungen verborgen – sehr unsicher, welche Perspektiven sie haben. Viele glauben nicht, dass Schulerfolg ihnen einen sicheren Arbeitsplatz garantiert. Schüler mit wenig Selbstvertrauen tendieren dazu, ihre Ängste zu verdrängen oder jede Hoffnung gleich aufzugeben. In beiden Fällen sind sie mit stärkerem Notendruck und verschärften Prüfungen nicht zu erreichen, es werden eher zusätzliche Ängste geweckt und damit Widerstände verstärkt.

Die Politik unserer Kultusministerin trägt also nicht wirklich dazu bei, dass an unseren Schulen wieder effektiver gelernt wird. Ein klares Setzen von Grenzen ist natürlich von Bedeutung in einem Bündel von Maßnahmen, die Schülerinnen und Schülern die Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit ermöglichen könnten. Aber wesentlich mehr wäre hier erforderlich. Wir müssen viel mehr auf unsere Schülerinnen und Schüler (häufig auch: ihre Eltern) individuell eingehen. Ihre Lebenssituationen und Perspektiven müssen Ausgangspunkt unseres Handelns werden. Sozialpädagogische und soziotherapeutische Kompetenzen werden in der Schule dringend benötigt. Dabei ist Teamarbeit geboten. Auf die spezifische Problematik jeder Klasse muss gemeinsam reagiert werden. Vielfach kann auch eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Fachleuten im Einzugsbereich der Schule hilfreich sein. Kleinere Klassen, zusätzliche Lehrkräfte, Aus- und Fortbildung im sozialpädagogischen und therapeutischen Bereich, Arbeitszeit für sehr viel umfassendere Kooperation, Beratung, Elternarbeit, entsprechende räumliche und materielle Ausstattung: all das kostet Geld. Und darum passiert hier auch so wenig, schlimmer noch: wird hier immer weniger investiert.

Derweil nehmen schwierige Situationen in Klassen weiter zu. Gelernt wird wenig, die Perspektiven vieler Kinder bleiben schlecht. Und die Statistik, die besagt, wie krank der Arbeitsplatz Schule macht, bleibt beängstigend. Eine Politik, die nicht grundsätzlich daran geht, die Strukturen schulischen Lernens infrage zu stellen, wird daran auch nichts ändern. Und weil die nicht in Sicht ist, wird sich wohl in absehbarer Zeit nichts daran ändern, dass der häufigste Ausstiegsgrund aus dem Lehrerberuf schwere Krankheit ist.

Michael Köditz

Eine sinnvolle pädagogische Arbeit...

leisten einige wenige Pensionäre/innen in der Luthergemeinde, Offenbach, Waldstraße.
Sie helfen Kindern mit sprachlichen Defiziten in einem Nebenraum der Kirche zwei Mal wöchentlich bei den Hausaufgaben.

Das Angebot wird so stark angenommen, dass mehr Lehrkräfte, insbesondere auch jüngere, dazu kommen müssten.

Dienstags und donnerstags
von 15.30 bis 17 Uhr.

Meldet euch bitte bei:
Wolfgang Christian
Tel. 069-81 00 78
e-mail: w.christian@gew-offenbach.de

Antworten von Abiturienten auf die Frage:

„Was hast du in der Schule gelernt?"

Mit offenen Augen zu schlafen
Mit vollem Mund nachdenklich auszusehen
Wissend auszusehen, obwohl man nichts weiß

Durchmogeln
Zu bescheißen ohne Ende
Dass im Leben mehr Schein als Sein ist

Stundenlang ruhig sitzen und schweigen
Dass sich nichts ändert
Ungerechtigkeiten hinzunehmen
Ich habe gelernt, mich in der Schule so zu verhalten, dass das Zeugnis nachher stimmt.

Manchmal wünsche ich, ich hätte mehr gelernt

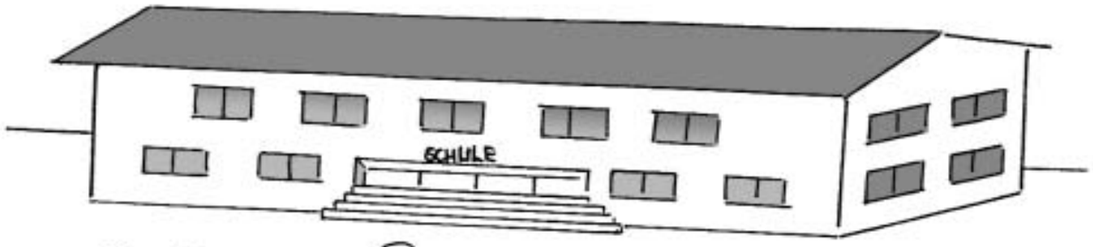
(aus den Abizeitungen der Helmholtzschule Frankfurt 2001 und 2002)

„Lernen ohne Zwang" wird in außerschulischen Bildungseinrichtungen erfolgreich praktiziert und könnte auch für unsere Schulen eine Alternative sein.

Zwei Diskussionen zu diesem Thema zeigt GEW-TV im **April** und **Mai** (siehe Rückseite). Sitzend von links die Talk-Show-Runde: Dr. Gabriele König, Elke Redelberger-Qotaibah, Christine Lipp-Peetz, Werner Lange, Michael Köditz;
dahinter stehend die Technik-Crew: (v. l.) Johannes Günther, Gerda Günther, Dr. Gabriele Helfert, Jürgen Schütz, Dorothea Fries, Christa Rugen; nicht mit auf dem Bild: Gabriele Bechtel, Hildegard Feuchter und Dr. Wolfgang Christian

GRÜNDE

für das Ausscheiden aus dem hessischen Schuldienst:



2.2 % sterben vor Eintritt ins Pensionsalter

76.2% werden aus Krankheitsgründen vorzeitig dienstunfähig

18% lassen sich auf eigenen Antrag vorzeitig pensionieren

Nur 3.7% verlassen die Schule gesund mit 65 Jahren

Zahlenangaben: Schuljahr 2000/2001

Alex

Aus Lehrersicht: Die Tretmühle

Teil A: Ein Ausschnitt

Klingelzeichen um 11 Uhr 30 zur 5. Stunde. Wir beenden hastig unser Kollegengespräch über die Drogenproblematik in der 10b, um noch einigermaßen pünktlich in der nächsten Klasse zu sein. Vorbild, auch für Pünktlichkeit, ist immer die Lehrer/in, klar. Auf der Treppe hält mich der Kollege Englischlehrer am Ärmel fest, weil er eine Stundenumstellung wegen seiner Klausur erreichen will. Ist schwierig für mich, weil ich in dieser Klasse schon eng dran bin wegen der Halbjahreszeugnisse. Kriege ich von ihm die für die Klausur notwendigen 2 Stunden auch wirklich zurück? Und wann?
„Ich werde dich anrufen, ich bin nämlich schon spät dran!" „Ja, und wann?" „Egal, irgendwie muss es klappen." Weg ist er.
Fast fünf Minuten komme ich zu spät in die 9a zur Sozialkunde. Die Blicke der Schüler/innen sind eindeutig: der kommt selbst zu spät und meckert, wenn wir zu spät kommen... Ich entschuldige mich.
„Ist ja schon gut."
„Ihr hattet in Gruppen die Aufgabe, euch wegen der Wahlen mit den Parteien auseinander zu setzen. Wer fängt an?" Schweigen. Unruhe.
„ Was ist los? Bettina, wollt ihr nicht anfangen?"
„Nö, wir sind noch nicht so weit. Der Denis mit der FDP könnt anfangen. Die hatten ja nich so viel Stress."
Denis: „Also wir waren da in einem Büro und die haben uns eine Menge Material mitgegeben..."
„Leute, das ist zu laut hier. Haltet mal die Klappe und hört dem Dennis zu!"
„Wieso denn, das interessiert uns überhaupt nicht. Was gehen uns die Politiker an?"
„Es ist immer noch zu laut. Hört jetzt genau hin, weil ihr alle von der Politik betroffen seid, in allem, was euch betrifft, wirklich!"
„Das ist uns echt scheißegal, was da abgeht. Die machen doch, was sie wollen."
Die Stunde ist gelaufen. Oder doch nicht? Ich breche ab, verlängere die Frist der Gruppenarbeit über die Parteien und orientiere auf das aktuelle Thema „Flutkatastrophe an der Elbe".
„Ach nee, das kennen wir doch aus dem Fernsehen. Is für den Osten, was geht's uns an? Erzählen Sie uns lieber wie wir ans Geld kommen, gute Ausbildung, gute Betriebe und so!"
Geht die Tür auf, zwei Schülerinnen kommen herein. „Morgen in der dritten und vierten Stunde ist SV, die Klassensprecher sollen kommen."
„Wieso, was sollen wir da? Ist doch das letzte Mal überhaupt nichts los gewesen!" „Kommt trotzdem, es geht um das nächste Schulfest." Sie werden kaum verstanden, ihre Antwort geht im allgemeinen und lauten Lärmen der Klasse unter.
Irgendwann klingelt es zum Schluss der 5. Stunde. Seufz. „Bis nächste Woche – und die Berichte über die Parteien müssen unbedingt fertig sein!"
Ich haste in die 8c, Englisch-Unterricht.

Teil B: Die Analyse

Ich wähle zwei Kriterien: erstens die Effizienz meiner Unterrichtsgestaltung und zweitens die strukturellen Voraussetzungen des schulischen Lernens.

Erstens die Effizienz:
Um der Wahrheit Genüge zu tun, was heißt: In welchem Verhältnis steht mein Unterrichtsangebot im Bezug zum evidenten Erfolg?, sind meine Bemühungen gescheitert, und zwar doppelt. Ich konnte die Schüler/innen nicht für mein Unterrichtsthema motivieren und ich habe – bezüglich der Verhaltensnormen – meine Vorbildfunktion im Bereich Pünktlichkeit nicht erfüllt.
Zweitens die strukturellen Voraussetzungen des Unterrichts:
Schon anfangs zeigt sich an meiner Verspätung, wie beengt die Zeitrhythmen im Schulalltag sind und wie sehr sie die unbedingt notwendige Kommunikation unter den Lehrkräften beeinträchtigen: Wir haben schlicht keine Zeit für die notwendige Koordination unter den Kollegen/innen. Die Ganztagsschule als Regelschule wäre wohl die geeignete Lösung.
In dem „Versagen" der Arbeitsgruppen zeigt sich das weitere und ebenso schwerwiegende Dilemma in der Struktur unserer Arbeit in der Schule: Sie ist vom Gedanken des belehrenden und räumlich wie zeitlich strikt geregelten Unterrichts konstituiert. Die kreative und selbstständige investigative Lernarbeit der Schüler/innen ist darin nicht vorgesehen. Eine fruchtbare und motivstarke Schülerarbeit kann sich unter diesen Rahmenbedingungen nicht entfalten.
Hat PISA hier nicht Hinweise gegeben?
Bei aller Reformfreudigkeit und bei allem Einsatzpotenzial unser Gewerkschaftskolleg/innen werden wir wenig erreichen, wenn wir nicht mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Stoßkraft an die Veränderung der längst internalisierten und dennoch keineswegs geeigneten Strukturen unserer Alltagsarbeit herangehen.

Wolfgang Christian

Die öffentliche Schule ist von jeher das Hoheitsgebiet einer fernen Verwaltung gewesen, ein Ort der Unterdrückung, der weder von Schülern noch von Lehrern erdacht worden ist, und an dem beide noch nie das Sagen hatten.

Hans Magnus Enzensberger

Aus Schülerinnensicht: Unser Unterricht bei Herrn S.

Geschichte in der Klasse 10, Thema: Nationalsozialismus. Es hat vor 5 - Minuten zur Stunde geklingelt, der Unterricht hat aber noch nicht wirklich begonnen. Der Lehrer, Herr S., sitzt hinter seinem Pult und kontrolliert das Klassenbuch. Die Schüler sitzen auf ihren Plätzen, unterhalten sich, essen Chips oder lesen die BILD-Zeitung.

Dennis: Hey Rolf, des sinn ja geile Turnschuh. Habbe se die beim Aldi im Sonderangebot?
Herr S. (Vorname Rolf): Nein, die haben 100 Euro gekostet und sind nicht bei Aldi zu kriegen. Bist du nun zufrieden?
Dennis: Ja, na logo!
(Die Klasse ist sehr laut geworden.)
Herr S. (scharfer Tonfall): Könnte ich jetzt mal bitte in Ruhe die Anwesenheitsliste überprüfen?
(Die Schüler reagieren nicht, also wirft Herr S. seinen Schlüsselbund auf das Pult. Die meisten in der Klasse haben sich erschrocken.)
Hey. Boah. Hey...
(Großes Durcheinander, Chipsessen und BILD-lesen werden wieder aufgenommen.)
Herr S. (feierlich): Mein sehr verehrter Geschichtskurs: Wie ihr wisst, geht es mir donnerstags nie so besonders gut. Ich möchte euch bitten heute mal ausnahmsweise ruhiger zu sein. Kann man das in einer 10.Klasse erwarten?
Einige Schüler laut: Nein! (Die meisten lachen darüber. Daniel und Markus spielen immer noch Karten und essen Chips.)
Herr S. (ärgerlich): Anita, ich freue mich ja darüber, wenn du liest. Aber ich möchte dich jetzt ganz höflich auffordern, deine Zeitung wegzulegen!
Anita: Aber ich habe doch nur Zeitung gelesen.
Herr S. (noch ärgerlicher): Entweder du tust sie jetzt weg oder ich werde sie eigenhändig in den Papierkorb schmeißen!
Anita (empört): Ich glaub, bei Ihnen tickt's noch ganz richtig?!
(Herr S. erhebt sich, entreißt ihr die Zeitung und wirft sie in den Papierkorb.)
Anita (aufgeregt): Arsch!
(Herr S. sagt nichts dazu. Daniel und Markus spielen immer noch Karten. Die Chipsdosen sind fast leer.)
Herr S.: Wer weiß wer Adolf Hitler war?
(Niemand meldet sich.)
Herr S. (beunruhigt): Na komm, Philipp, hilf mal!
Philipp (wie immer sehr brav): Soviel ich weiß, ein bedeutender Diktator in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts.
Herr S.: Sehr gut, Philipp! – Ich werde euch jetzt einen Film über Hitler zeigen. Wer könnte denn mal den Videorekorder holen? Derjenige bekommt dann auch ein Plus eingetragen.
Tanja und Claudia melden sich.
Herr S. (erleichtert): Danke!
(Er trägt das das Plus ein. Inzwischen kramt Anita im Papierkorb nach ihrer Zeitung.)
Herr S. (erregt): Anita! Ich habe die Zeitung nicht weggeworfen, um dich aufzufordern, im Müll zu wühlen!
(Die Schülerinnen mit dem Videogerät sind da, Herr S. hat keine Zeit mehr für Anita und ihre Zeitung.)
Herr S.: Ich stelle jetzt den Film an. Bitte benehmt euch, er ist wirklich interessant!
(Jetzt erst bemerkt Herr S., dass Daniel und Markus immer noch ins Kartenspiel vertieft sind.)
Herr S.: Ich glaube es geht los! Ich fordere euch jetzt zum ersten und letzten Mal auf die Karten hinzulegen und sie wegzupacken!!
Daniel (kindisch): Ich hab doch gar nix gemacht, Herr S.!
Herr S. (wütend): Und was ist das mit der leeren Chipsdose?
Markus (gibt sich schuldbewusst): Na, die hab ich doch gegessen!
Herr S. (wütender): Wenn die Spielkarten jetzt nicht augenblicklich verschwinden, werde ich sie eigenhändig zerschneiden und wegwerfen!
(Im Film sind gerade die Ereignisse der Kristallnacht zu sehen. Aber niemand guckt hin; große Unruhe in der Klasse.)
Herr S.: Das werden wir ja sehen!!
(Er nimmt Daniel die Karten weg und fängt an, sie zu zerschneiden. Währenddessen feuern andere Schüler Daniel und Herrn S. lauthals an.
– Plötzlich geht die Tür auf, weil eine fremde Schülerin jemanden sucht. Verstört schaut sie Herrn S. an und macht die Tür sofort wieder zu. Alle Schüler müssen lachen. Gleich wird es zur Pause klingeln.)
Herr S. (erleichtert): Mein sehr verehrter Geschichtskurs: Ich möchte mich ausdrücklich bei euch bedanken. Ihr habt euch heute schon viel besser benommen als das letzte Mal. Ich bin wirklich, und das muss ich euch ganz ehrlich sagen, froh darüber, dass wir heute so viel geschafft haben.

Katharina O., 15 Jahre (Namen der Autorin und der Beteiligten sind geändert worden; sie sind der Redaktion bekannt).

Ein hessisches Billigmodell

Mangelhafte Sprachkenntnisse sind seit Jahrzehnten ein großes Problem in vielen Grundschulklassen. Nach PISA soll sich hier etwas tun. Die ersten Vorlaufkurse, in denen Kinder, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse mitbringen, auf ihren Schuleintritt vorbereitet werden, haben ihre Arbeit in Stadt und Kreis Offenbach aufgenommen.

Ein dreiviertel Jahr lang werden Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen etwa 10 Unterrichtsstunden wöchentlich vor ihrem Schuleintritt gefördert. Die Kurse werden von Grundschullehrerinnen und in geringerem Ausmaß von Sozialpädagoginnen durchgeführt. In einem Vorschulkurs sollen 15 Kinder gefördert werden, die bei der vorgezogenen Schulanmeldung selektiert wurden.

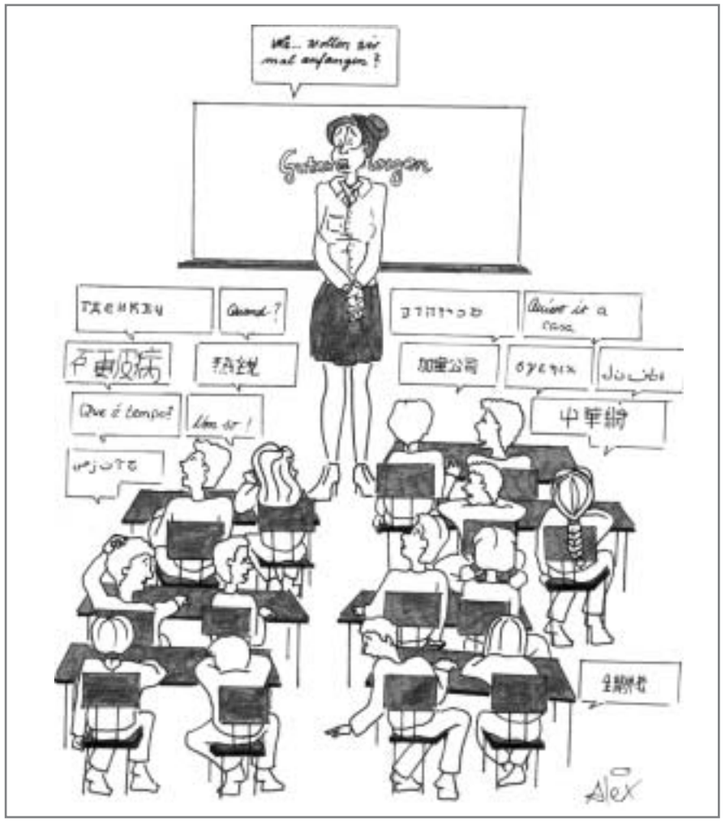
Vor den Wahlen lässt sich sicher gut verkaufen, dass die Kultusministerin handelt. Wenn man sich jedoch im Detail ansieht, was hier passiert, kommen Zweifel auf. Vieles spricht dafür, dass die Maßnahme unzureichend ist.

Was genau in den Vorlaufgruppen gemacht werden soll, ist noch unklar. Eine besondere Vorbereitung auf ihre neue Aufgabe durch spezielle Fortbildungen bekamen die Lehrkräfte nicht. Konzeptionelle Vorgaben sind rudimentär und sehr allgemein gehalten.

Unterrichtet werden überwiegend ausländische oder Aussiedlerkinder. Deutsch lernen können sie in den Gruppen nur von ihrer Lehrkraft, denn die anderen Kinder können unsere Sprache auch noch nicht. Dass Kinder vornehmlich durch Eigenaktivität im spielerischen Umgang mit anderen lernen, weiß man jedoch schon lange. Diese Chance wird hier vertan. Statt dessen wird die Gettosituation vieler ausländischer Kinder noch verstärkt. Kinder, die bereits im Kindergarten sind, sollen diesen im Landkreis Offenbach sogar temporär verlassen, um in die Vorlaufkurse zu gehen. Eine Reihe von Eltern haben darauf bereits reagiert, indem sie ihre Kinder gleich ganz aus dem Kindergarten, der ja eine Menge Geld kostet, abgemeldet haben. Damit können sie dort im Spiel mit anderen nichts mehr lernen. Und: Schulvorbereitung kann sich nicht im Deutschlernen erschöpfen. Gruppenfähigkeit, grundlegende kognitive und motorische Förderung, das Vertrautwerden mit kulturellen Hintergründen etwa durch Spiele, Bilderbücher und Geschichten: all dies leistet der Kindergarten, der nun nicht mehr besucht wird.

Ob ein dreiviertel Jahr lang 10 Wochenstunden reichen, um Kinder ebenso umfassend auf die Grundschule vorzubereiten, kann bezweifelt werden. Eine Gruppengröße von 15 Kindern erscheint zunächst angesichts hoher Klassenstärken günstig. Zu bedenken ist aber, dass es sich hier um kleinere Kinder handelt, die ein ganz anderes Spiel- und Bewegungsbedürfnis mitbringen. Kindertagesstätten arbeiten, wenn ihre Arbeitsbedingungen noch nicht verschlechtert wurden, mit Gruppen, in denen etwa 20 Kinder von 2 Bezugspersonen betreut werden, meist verstärkt von einer Praktikantin bzw. einem Praktikanten. Fraglich ist zudem, ob in allen Schulen eine geeignete räumliche und materielle Ausstattung für die Arbeit mit Vorschulkindern vorhanden ist.

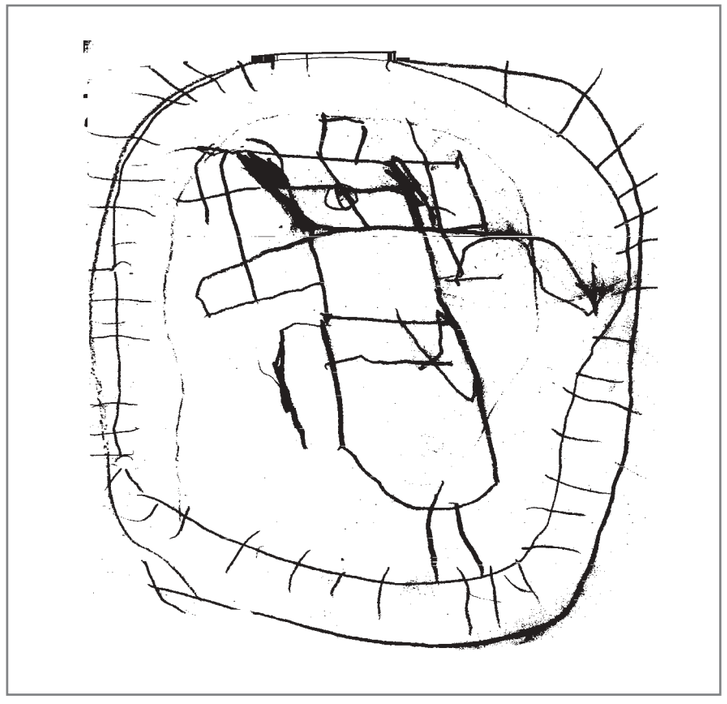
Die Stunden für die Vorlaufkurse werden mit der Kürzung schulbegleitender Fördermaßnahmen bezahlt. Kinder, die im Vorlaufkurs keine ausreichenden Deutschkenntnisse erwerben konnten, sowie Kinder, die derzeit die Grundschule besuchen, kommen zu kurz.



Mit ironischem Blick zeichnet sich Alex die Arbeit in den neuen Vorlaufkursen vor

Eine gut durchdachte und wissenschaftlich abgesicherte Förderung im Vorschulbereich bleibt für alle Kinder notwendig. Hier haben Kindertagesstätten einiges zu bieten. Mit ihrem Eingehen auf die spezielle Situation ihrer Kinder und dem projektorientierten Lernen durch Eigentätigkeit ist der Ansatz vieler Einrichtungen sehr viel moderner als hessenweit geltende schulische Curricula. Dass die Förderung – zumindest in Punkto Deutschkenntnisse – auch hier in vielen Fällen nicht ausreicht, hat verschiedene Ursachen. Manche Kinder werden erst im Jahr vor ihrer Einschulung in den Kindergarten gebracht; für sie ist die Zeit einfach zu kurz. Darüber hinaus arbeiten auch viele Kindertagesstätten nicht unter optimalen Bedingungen. Sie sind – wie wir – von Sparmaßnahmen betroffen. Erhöhung der Gruppengröße, Mängel in der Aus- und Fortbildung, Arbeitsbedingungen, die in hohem Maß zum „burning-out“-Syndrom führen: all das ist nicht auf Schulen beschränkt. Sinnvoll wäre es, hier anzusetzen. Statt dessen hat jedoch das Hessische Sozialministerium erst im Jahr 2001 Mindeststandards auf niedrigem Niveau für Hessens Kindertagesstätten festgeschrieben (vgl. Info 6). Einige Kommunen, unter ihnen die Stadt Offenbach, beteiligen sich jedoch an Projekten, um den Erwerb sprachlicher Kompetenzen im Kindergarten zu verbessern.

Manche Kinder besuchen jedoch gar keinen Kindergarten, auch wenn noch Plätze frei sind. Dies hat unterschiedliche Gründe. Einige ausländische Eltern befürchten, ihre Kinder könnten ihnen entfremdet werden. Diese Sorge ist nicht immer unbegründet. So berichteten mir marokkanische Eltern, dass ihr kleiner Yussuf in ihrem örtlichen katholischen Kindergarten von den Betreuerinnen stets Josef genannt wurde. Als er sich dann noch tagelang ekelte, weil er erfahren hatte, dass man ihm Schweinefleisch zu essen gegeben hatte, meldeten die Eltern ihn ab. Zudem leben viele Menschen aus anderen Kulturkreisen noch in großen Familienverbünden. Sie sind der Meinung, dass ihr Kind in der großen Familie mit vielen Geschwistern und einer nicht berufstätigen Mutter besser aufgehoben ist als im Kindergarten. Und dann gibt es Kinder, die aufgrund ihrer Ängste nicht in den Kindergarten gehen wollen. Vor allem deutsche Kinder, die in einer Kleinstfamilie nicht genügend Sicherheit im Umgang mit anderen entwickeln konnte, verweigern den Kindergartenbesuch. Für diese Kinder ist ein zusätzliches Angebot, das auf die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern eingehen kann, sicher sinnvoll.



Kinderzeichnung aus den Hanauer Vorlaufgruppen
Auf dem Bild ist ein Männchen zu sehen. Der große Kreis ist der Kopf. Die Striche, die von allen Seiten nach außen gehen, sollen die Haare darstellen, der Körper ist in der Mitte.
Das Kind, das dieses Bild malte, sollte im folgenden Jahr eingeschult werdeen. Es hatte zu Hause noch nie gezeichnet.
Hier wird sichtbar, dass die Konzentration allein auf den Zweitspracherwerb unzureichend ist.

Eine Maßnahme, die aus ähnlichen Motiven und unter vergleichbaren Bedingungen wie die hessischen Vorlaufkurse durchgeführt wurde, waren die 1979 von der Stadt Hanau eingeführten Vorlaufgruppen, die auch als „Hanauer Modell“ bekannt wurden. Eine dreijährige wissenschaftliche Begleitung unter Federführung der Prof. Beck und Iben der Frankfurter J.-W.-Goethe-Universität evaluierte die Arbeit mit positivem Ergebnis. Ihre Ergebnisse sollen hier dargestellt werden, da im Vergleich mit ihnen die Probleme des Wolffschen Projekts deutlich werden.

In die Hanauer Vorlaufgruppen wurden nur Kinder ohne Kindergartenplatz aufgenommen. Um dies sicherzustellen, wurde eng mit sämtlichen Kindertagesstätten in den entsprechenden Stadtteilen zusammengearbeitet. Um das Vertrauen der Eltern zu gewinnen, wurden mit Dolmetscherinnen regelmäßige Hausbesuche durchgeführt. Zusätzlich wurden die Eltern in die Vorschularbeit einbezogen. In regelmäßigen Eltern-Kind-Nachmittagen und Kursen für Eltern wurden diese über die Angebote informiert und angeleitet, die Arbeit zu Hause zu unterstützen.

Deutsche Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, wurden in die Gruppen aufgenommen. So konnten die Kinder auch von einander lernen. Die deutschen Kinder fühlten sich in den Gruppen wohl, weil sie nicht den ganzen Tag außer Haus verbringen mussten, sondern nur durchschnittlich 3 Schulstunden täglich. Da die Gruppen bewusst klein gehalten wurden (8-12 Kinder max.), konnte auf individuelle Probleme eingegangen werden; kein Kind musste fürchten, in einer großen Gruppe „unterzugehen“.

Damit die Kinder angeregt werden zu lernen und zu kommunizieren, muss eine anregende Atmosphäre, die ihre Phantasie anspricht, geschaffen werden

Die anfängliche Befürchtung einiger Eltern, ihr Kind könnte ihnen kulturell entfremdet werden, konnte schnell zerstreut werden, indem mit Hilfe vor allem türkischer Mitarbeiterinnen eine internationale Ausrichtung angestrebt wurde. Spanische, italienische und marokkanische Helfer leisteten ebenfalls wichtige Dienste. Spiele, Lieder, Feste und Bräuche aus unterschiedlichsten Kulturen hatten ihren festen Platz in der Arbeit. Die Muttersprache ausländischer Kinder wurde ebenso berücksichtigt wie die deutsche. Dies entspricht der Erkenntnis, dass der Zweitspracherwerb auf einen muttersprachlichen Fundament aufbauen muss, dass in vielen Fällen nur noch rudimentär vorhanden ist. In den Vorlaufgruppen ging es nicht einfach um den Erwerb der deutschen Sprache, sondern um den Spracherwerb überhaupt.

Für die Arbeit als Lehrkraft wurde ein Studium der Pädagogik bzw. Sozialpädagogik vorausgesetzt. Mit diesem Hintergrund entwickelten die Fachkräfte ein ganzheitliches Förderkonzept. Die Kinder sollten in möglichst allen Entwicklungsbereichen unterstützt werden. Es wurde versucht, einzelne Aspekte im Zusammenhang der ganzen Person und ihren Strebungen zu sehen und die Fördermaßnahme an diesem Gesamtzusammenhang auszurichten.

Die Hanauer Vorlaufgruppen gingen von folgenden Grundsätzen aus:

Bewegung, Wahrnehmung, kognitive, soziale und Denkentwicklung bedingen und unterstützen sich gegenseitig. Selbstvertrauen und der Wunsch und Mut zum Kontakt nach außen sind Bedingung dafür, dass Kinder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, beginnen, sich auch außerhalb ihrer gewohnten Umgebung mitzuteilen und mit den neu gelernten Sprachkenntnissen zu experimentieren.

Damit sich die Kinder dem deutschen Sprachraum öffnen, ist Familienarbeit nötig. Vielfach aus Unsicherheit und Hilflosigkeit, kapseln sich viele Familien in einer Art Getto, das ihnen Heimatgefühle garantiert, ein. Eine Öffnung muss schon in der Familie erfolgen (z.B. indem die Mutter mit den Kindern die Sprache lernt, indem die vorschulischen Aktivitäten der Kinder in den Gruppen von ihren Eltern gewürdigt und unterstützt werden), denn gegen die Strebungen der Gesamtfamilie werden sich die Kinder in diesem Alter nicht entwickeln können.

Die Annahme und Verwendung der Zweitsprache geschieht nicht unabhängig oder isoliert von der Sprechbereitschaft der Kinder. Diese ist abhängig von ihrer Kommunikationsbereitschaft. Beziehungen sollten in den Spiel- und Handlungszusammenhängen der Vorlaufgruppen entstehen. Die Pädagoginnen und Pädagogen gingen davon aus, dass der Gebrauch der Zweitsprache Deutsch in den Gruppen davon abhängig ist, ob es gelingt, die Kinder daran zu interessieren, zu den Sozialpädagogen und zu anderen Kindern, auch denen mit anderer Muttersprache, Beziehungen aufzunehmen. Sprachübungsprogramme, die in sächlicher oder persönlicher Hinsicht beziehungslos sind, wurden als ungeeignet eingestuft.

Dem Alter entsprechend, eignet sich eine spielerische Herangehensweise, die möglichst vielfältig sein muss, um das Interesse der Kinder zu halten. Ein Wechsel von Angebots- und Freispielphasen gab den Kindern die Möglichkeit, neu Aufgenommenes mit der eigenen Phantasiewelt zu kombinieren und zu verarbeiten. Über den Spracherwerb machten die Kinder in ihren Spielen und Projekten die Erfahrung, dass sie Probleme bewältigen können, sie entwickeln ein aktives kognitives Problemlösungsverhalten.

Um die Phantasie der Kinder anzusprechen, ist der Einsatz von Geschichten und Themen, für die sich die Kinder interessieren und die mit ihnen gemeinsam entwickelt werden können, besonders geeignet. In der Anfangsphase der Vorlaufgruppen wurde versucht, Inhalte für Angebote zu finden, die den Lebens- und Umweltbedingungen der Kinder entnommen waren. Zusätzlich zeigte sich bald, dass einige phantastische Vorstellungen die Kinder in besonderem Maße faszinieren und zu einer Fülle verschiedener Aktivitäten führen können. Die Kinder knüpfen mit ihnen in symbolhafter Weise an ihre Erfahrungen an. Da sie zu diesen Inhalten besonders lebendige, gefühlsbesetzte Beziehungen hatten, erwies sich die Arbeit mit derartigen Elementen als sehr fruchtbar.

So ging es darum, eine Beziehung zwischen Kindern und Lehrkräften und zwischen den Kindern untereinander aufzubauen, in der sich Kommunikations- und Sprechbereitschaft entwickelten; darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Kinder Interesse daran entwickelten, verschiedene Ausdrucks- und Wahrnehmungsmöglichkeiten und manuelle und kognitive Fähigkeiten auszuprobieren und zu erweitern. Gelegenheiten ergaben sich dazu außer im Gruppenraum auch bei Ausflügen, mit denen die Umgebung erkundet wurde und Besuchen, meist verbunden mit Projekten.

Projekte bestanden z.B. in der Erarbeitung kleiner Theaterstücke, vielfältigen Spielaktivitäten, die in Festen, zu denen der ganze jeweilige Stadtteil eingeladen war, kulminierten, Mal- und Bastelaktionen, mit denen Kinder eigene Geschichten darstellten und die auch zu Ausstellungen führten; ebenso wichtig waren musische Elemente und regelmäßige Bewegungsangebote. Welche Angebote jeweils realisiert wurden, richtete sich danach, inwieweit sie die Interessen des einzelnen Kindes oder der ganzen Gruppe aufgriffen und geeignet waren, die jeweiligen Kinder aktiv werden zu lassen.

Bei allen Bemühungen fanden die Lehrkräfte in den Vorlaufgruppen schnell heraus, dass ein Jahr oft nicht ausreicht, daher wurden die Kinder – soweit möglich – für zwei Jahre aufgenommen. Dass das dreiviertel Jahr der kultusministeriellen Vorlaufkurse in vielen Fällen nicht ausreicht, ist also bereits bekannt.

In den Jahren 1982-1985 wurden Erfahrungen und Materialien der Vorlaufgruppen von der Stadt Hanau in mehreren Schriften veröffentlicht und anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Warum an diese Erfahrungen nicht angeknüpft wird, lässt sich möglicherweise so verstehen: die Hanauer Gruppen wurden 1993 der Stadt Hanau zu teuer. Als sie geschlossen werden sollten, bildete sich eine breite Protestbewegung, in der sich Ausländerbeirat und ausländische Vereinigungen ebenso engagierten wie die Grünen, Kirchengemeinden, DGB und GEW. Aufgrund anhaltender Proteste konnte die letzte Gruppe erst 2000 geschlossen werden, als zusätzliche Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt wurden.

Es gibt viele erprobte Ansätze zur vorschulischen

Die Herstellung von Beziehungen ist ohne Bewegung undenkbar. Vielfältige Bewegungsmöglichkeiten bilden eine elementare Voraussetzung für jede Art von Kinderarbeit. Und, wie man sieht, kann auch der spielerische Ausdruck von Aggression Spaß machen.

Förderung. Zu erwähnen ist hier vor allem die Eingangsstufe. Diese kann in größerem Maß zur Integration beitragen, da sie ein Angebot für alle Kinder ist und sich nicht nur an die richtet, die keinen Kindergarten besuchen. Das „Hanauer Modell“ ermöglicht jedoch einen direkten Vergleich mit den Wolffschen Vorlaufkursen. Die Fragen, denen sich jeder stellen muss, der den Übergang Kindergarten-Grundschule verbessern will, wurden in Hanau in überzeugender Weise angegangen. Die Mängel der hessischen Kurse wurden im Vergleich deutlich.

Diese Mängel sieht auch die AG „Sprachstandserhebung und Sprachförderung an Dietzenbacher Grundschulen”. Sie fordert, dass die Vorlaufkurse nicht auf Kosten der Deutschförderung in der Grundschule stattfinden. Das Lernen in den Gruppen soll auf einer wissenschaftlich fundierten Konzeption aufbauen. Ganzheitliches Lernen in bilingualen Gruppen, Vermeidung von Selektion und eine Vernetzung der Konzepte von Kindertagesstätten und Grundschulen sind ihre zentralen Forderungen. Die AG geht davon aus, dass für die Arbeit in Vorlaufkursen Personal eingestellt werden muss, das speziell für diese Arbeit qualifiziert ist. All dies wäre nicht zum Nulltarif zu haben.

Das neue hessische Modell ist hingegen ein Sparmodell. Durch den Abbau anderer Förderungen kann es billig eingeführt werden. Vor den Wahlen lässt sich gut verkaufen, dass die Landesregierung Probleme anpackt. Nur tut sie es auf diese Art eben nicht wirklich. Unsere Kinder sollten uns für Pfusch zu schade sein!

Michael Köditz

Der Autor hat als Sozialpädagoge und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hanauer Modell mitgearbeitet.

Viele Vorlaufgruppenkinder hatten noch nie ein Schwimmbad von innen gesehen. Bei einigen Eltern war viel Überzeugungsarbeit notwendig, um die Genehmigung, ihre Kinder mit zum Baden gehen zu lassen, zu bekommen.
Die Kinder hatten nicht nur viel Spaß daran. Und auch ängstliche Kinder verloren bald ihre Scheu vor der ungewohnten Umgebung. Sie erweiterten ihre Bewegungsmöglichkeiten um eine neue Dimension. Die meisten Kinder waren nach einem Jahr einfach durch verschiedenste Bewegungsspiele in immer tiefer werdendem Wasser auf Seepferdchenniveau.

HANDSTREICHPOLITIK IM LANDKREIS OFFENBACH

Landrat Walter im Stil eines schweizerischen Landvoigts

War die vergangene Legislaturperiode des Offenbacher Kreistags wegen der „Großen Koalition" von CDU und SPD durch im wesentlichen schulpolitischen Stillstand gekennzeichnet, erinnert das Gebaren des Landrats – direkt gewählt und von einer rein bürgerlich-konservativen Kreistagsmehrheit getragen – an eigentlich längst überwundene vordemokratische Zeiten.

Wesentliche Entscheidungen des Schulträgers zur schulpolitischen Entwicklung im Kreis Offenbach werden hinter verschlossenen Türen bis ins Detail vorbereitet und dann von o.a. Kreistagsmehrheit abgesegnet. Die Beteiligten werden nicht rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einbezogen oder ihr Votum wird ignoriert, weil es nicht in die politische Linie des Landrats und seines politischen Klientels passt (wie der ablehnende Schulkonferenzbeschluss der Einhardschule in Seligenstadt zur Auflösung der Gesamtschule).

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass ein den Schulträger beratendes Gremium, dem alle am schulischen Leben Beteiligten angehören (Vertreter/innen der Erziehungsberechtigten, der Schülerschaft, der Lehrerschaft, des Ausländerbeirates, der Kirchen und von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften), nämlich die Kreisschulkommission, von diesem Landrat bis zum heutigen Tag – obwohl gewählt – nicht einberufen wurde. Und das, obwohl wichtige Entscheidungen anstehen, wie z.B.

- der Vermögenshaushalt des Kreises mit zweistelligen Millionen Euro-Investitionen im Schulbaubereich
- der Verwaltungshaushalt des Kreises mit den Budgets für die einzelnen Schulen
- Organisationsänderungen von Schulen (auch und gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse der PISA-Studie)
- Facility Management – private Bewirtschaftung von Schulimmobilien, wobei die bundesweite Vorreiterrolle des Kreises Offenbach in einem Handelsblatt-Artikel vom 11.10.2002 zum Ausdruck kommt: „Das milliardenschwere Projekt hat Signalwirkung für die privatwirtschaftliche Realisierung von öffentlichen Bauten in Deutschland".
- Sicherstellung des technischen Supports im Rahmen der PC-Systembetreuung an Schulen

Die Abservierung der Kreisbeigeordneten Tempelhahn als Schuldezernentin durch den Landrat passt voll in dieses Bild: hatte sie doch die Leitung der letzten Sitzung der Schulkommission des Kreises Offenbach am 30. - November 1999...

Manfred Tybussek

Unser Zeichner Uli Simonis bringt die Angelegenheit grafisch auf den Punkt.

PC-Systembetreuung an den Schulen

Offener Brief an Kultusministerium und Staatliches Schulamt Offenbach

Situationsbeschreibung

Viele Schulen im Kreis Offenbach haben die Bedeutung der Informationstechniken für den Unterricht erkannt und die Medienbildung in ihr pädagogisches Konzept aufgenommen. Sie sind inzwischen mit entsprechender Hardware in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Qualität ausgestattet, haben Internet-Zugang und die betreffenden Lehrkräfte lassen sich diesbezüglich weiterbilden.

Seit Jahren stehen allerdings diese Schulen schon vor der Aufgabe, die pädagogisch als notwendig erachtete Ausstattung ihrer Schule mit PCs und Internetanschluss auch verwalten und warten, zugleich auch die Verwaltungsnetze mitbetreuen zu müssen, und das bei völlig unzureichender Entlastung, oft an der Grenze der physischen Belastbarkeit.

Zur Entwicklung zukunftsweisender Positionen fand auf Initiative der GEW Offenbach-Land eine Konferenz mit den Systembetreuern der einzelnen Schulen statt. Dabei wurden die folgenden Einschätzungen und Forderungen formuliert:

1. Landesebene –
   Hessisches Kultusministerium

- Die Entscheidung des HKM, den hessischen Mittelstufen-, Oberstufen-, Sonder- und beruflichen Schulen für den pädagogischen Support im laufenden Haushaltsjahr ca. 1,9 Millionen Euro (knapp 137.000 Euro für die Schulen des Kreises Offenbach) zur Verfügung zu stellen, wird zwar begrüßt (weil auch das Land Hessen endlich die Bedeutung des Supports erkannt hat), jedoch als „netter Tropfen auf den heißen Stein" bewertet:
- die Mittel reichen bei weitem nicht aus, professionelle Support-Hilfe von außen einzukaufen
- qualifizierte Vertretungsstunden sind für dieses Geld nicht zu erhalten
- die Systembetreuer haben kein Interesse an einer Mehrarbeitsvergütung, sondern an Zeitausgleich (d.h. Anrechnungsstunden) in Anlehnung an die in Baden-Württemberg getroffene Regelung (für ca. 60 PCs eine Betreuungsperson).
- Die Zuteilung finanzieller Mittel nach der Schüler/innenzahl und die Nichtberücksichtigung der Grundschulen werden abgelehnt. Eine Mittelzuweisung – auch als das falsche Instrument – hat sich an der schulspezifischen Konzeption bzw. an dem ausstattungsbezogenen Bedarf zu orientieren.

Um einer weitergehenden Vereinzelung der Schulen entgegenzutreten wird die Entwicklung einer modularen Grundkonzeption auf Landesebene und damit für alle Schulen gefordert, die folgende Zielsetzungen bzw. Bedingungen berücksichtigt:

- gleiche qualitative und quantitative Ausstattung der Schulen, was eine Kooperation zwischen den Schulen erleichtert und den Supportaufwand reduzieren könnte
- Einrichtung eines einheitlichen Betriebssystems (evtl. Linux) für alle Schulen mit einheitlicher Anwendung auf allen Servern bei
- Berücksichtigung der Bedürfnisse spezifischer Schulformen und -profile mit der Möglichkeit für schulindividuelle Freiräume

2. Schulträger – Kreis Offenbach

- Als weitaus gravierenderes Problem wird die Garantie des technischen Supports durch den Kreis Offenbach als Schulträger gesehen: werden doch die Belastungen massiv zunehmen, wenn der Kreis an seiner Absicht festhält, bis zum Jahre 2005 7,5 Millionen Euro für den Ausbau des IT-Bereichs zu investieren.

- Die gewerkschaftliche Forderung nach einem entsprechenden Konzept zur Sicherstellung des technischen Supports durch den Schulträger wird bestätigt und bekräftigt: ist es doch bis heute bei der vollmundigen Ankündigung des Landrats Walter vom Dezember 2001 geblieben, mit einer kreiseigenen IT-Gesellschaft den technischen Support an den Schulen zu gewährleisten.
- Die Systembetreuer erneuern die gewerkschaftliche Forderung nach einer professionellen Supporthilfe durch zertifizierte Administratoren, die in Kooperation mit den IT-Beauftragten der Schulen das Konzept der jeweiligen Schule unterstützen.

3. Schulamtsebene – Staatliches Schulamt für den Landkreis und die Stadt Offenbach

- Die GEW-Konferenz der Systembetreuer erwartet vom Staatlichen Schulamt in Zusammenarbeit mit der Regionalstelle OF des HELP die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften (von SystembetreuerInnen und LehrerInnen) auf Schulamtsebene anstelle des landesweit zuständigen HELP-Support-Centers – um den zunehmenden Fortbildungsbedarf von Lehrkräften zu befriedigen.

Parallel zu diesen Arbeitsgemeinschaften sind vom Staatlichen Schulamt (in Kooperation mit der Regionalstelle des HeLP) Schulungsveranstaltungen für (zukünftige) Systembetreuer/IT-Beauftragte zu organisieren und anzubieten.

Ruth Storn und Manfred Tybussek für den GEW-Kreisverband Offenbach-Land; Positionspapier des GEW-Kreisverbands Offenbach-Land vom 19.11.2002

GEW-Aktionsgruppe „Wilhelm Tell":
von links: Manfred Tybussek, Rainer Spatz, Ruth Storn

Zur Veröffentlichung der Ergebnisse des Mathematik-Wettbewerbs 2001

Stellungnahme der AG Gymnasien in der GEW Offenbach-Stadt und -Land zur Veröffentlichung der Ergebnisse des Mathematik-Wettbewerbs 2001 vom 21.11.02

Anfang Dezember findet wieder die 1. Runde des Mathematik-Wettbewerbs des Landes Hessen für die 8.Klassen statt.
Die Idee für diesen Wettbewerb, den es seit ca. 30 Jahren gibt, ist es, die besten Schüler und Schülerinnen in Hessen zu finden, nicht den Durchschnitt. Das wird im Erlass zur Durchführung des Wettbewerbs dadurch deutlich, dass „die Wettbewerbs- arbeit auf Wunsch der Schülerin bzw. des Schülers als zusätzliche Leistung – im Wert einer Klassenarbeit – bei der Festlegung der Zeugnisnote berücksichtigt wird". Das heißt: Eine gute Leistung wird belohnt, eine schlechte Leistung wird aber beim einzelnen Schüler nicht berücksichtigt.
Am Wettbewerb müssen jetzt alle Schüler teilnehmen. In der Statistik werden alle Ergebnisse erfasst, ob gut oder schlecht. Wenn die Ergebnisse des Wettbewerbs, bei dem das Engagement im Belieben der Schüler steht, jetzt zur Bestimmung der Durchschnittsleistung einer Schule herangezogen werden, wird der Charakter des Wettbewerbs völlig verändert. Eine didaktisch sinnvolle Einrichtung, um die besten, aber auch um versteckte Talente zu finden, wird zu einem politischen Instrument umfunktioniert, um Schulen unter Druck zu setzen.

Wenn bei der Durchführung eines Tests die teilnehmenden Lehrer und Lehrerinnen sowie Schüler und Schülerinnen nicht wissen, dass die Ergebnisse veröffentlicht und zur Bewertung ihrer Schule herangezogen werden, wie das im letzten Jahr der Fall war, kann man dieses Vorgehen nur als unseriös bezeichnen.

Aber auch wenn in diesem Jahr alle Schulen auf die Durchführung des Wettbewerbs vorbereitet sind, sind wir gegen die Veröffentlichung der Ergebnisse in den Zeitungen.
Hier wird zu schnell ein Pauschalurteil gefällt und die öffentliche Meinung in unqualifizierter Weise beeinflusst. Wenn in einem Zeitungsartikel steht: „Die XY-Schule hat am besten (oder schlechtesten) abgeschnitten.", so bleibt dieser Satz im Gedächtnis der Leser, auch wenn er sich nicht belegen lässt. Die Unverbindlichkeit des Tests kann zu keinem verwertbaren Ergebnis führen.

Die CDU-Landesregierung will im Fall einer Wiederwahl noch mehr landesweite Vergleichsarbeiten einführen sowie zentrale Abschlussprüfungen für Haupt- und Realschulen und später das Zentralabitur.

Wir sehen den Sinn unseres Unterrichts jedoch nicht in der Vorbereitung (d.h. dem Pauken) standardisierter Tests. Wir brauchen innerhalb der bestehenden Lehrpläne Freiräume, um auf die individuellen Bedürfnisse der Klassen oder einzelner Schüler und Schülerinnen eingehen und eine ganzheitliche Förderung und Entwicklung vorantreiben zu können, wozu auch die Mithilfe von Psychologen und Sozialarbeitern nötig ist, die es in anderen Ländern schon gibt.
Einheitstests für alle Schulen können nie die Rahmenbedingungen für den Unterricht berücksichtigen. Was nutzt die Bekanntgabe eines schlechten Ergebnisses, wenn anschließend keine Fördermaßnahmen ergriffen werden können?

Wir fordern das Kultusministerium auf, in diesem Schuljahr die Durchschnittsleistungen der Schulen beim Mathematik-Wettbewerb nicht zu veröffentlichen. Bleiben Sie bei den Ehrungen für die besten Leistungen!

Gerda Günther

Gerda Günther im Gespräch mit Johannes Günther bei einer Pause im „Offenen Kanal"

Anfrage des Hauptpersonalrates vom 18.2.02 nach den Anforderungen (personell und materiell) des Hessischen Kultusministeriums dem Finanzminister gegenüber zum Landeshaushalt 2003:

Welche Anforderungen wurden zur Senkung der Arbeitszeit oder anderer Belastungsfaktoren der Lehrkräfte eingebracht?

Antwort des HKM vom 21.8.02:
keine

Hessisches Kultusministerium: Budgetcontrolling für den Lehrerbereich – Abschlussbericht für das Jahr 2001 vom 14.03.2002
Aus den Ergebnissen (Seite 5): „Nach dem Kassenergebnis ergibt sich nach Nachtrag ein Rest in Höhe von 104.562.501 DM."

Das Kultuministerium zahlte 104,5 Mio DM nicht verausgabter Gelder im Jahr 2001 an das Finanzministerium zurück, statt das Geld zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu nutzen

Gründe für den Rest von 104,5 Mio. DM u.a.:

- Nicht besetzte Stellen
- Verzögerte Wiederbesetzung
- Weniger Vertretungsverträge
- Unbesetzte/unterwertig besetzte Funktionsstellen
- Geringeres Gehalt jüngerer Lehrkräfte

aus: *Hintergrundmaterial des Referats TBB der GEW Hessen*

KV OF-Land

Anschrift:
Babenhäuser Str.29a, 63128 Dietzenbach

Geschäftsführender Vorstand:

Manfred Tybussek
Kreisvorsitzender, Kreisrechner,
Pressearbeit,GPR LL
Tel. 06108-6 99 30, Fax 06108-6 94 29

Thomas Kiele
Stellv. Vorsitzender, Vertrauensleutesprecher,
Betreuung der Referendare GHRS, GPR LL
Tel. 06074-3 22 33, Fax 06074-48 47 16
e-mail: t.kiele@gew-offenbach.de

Ruth Storn
Geschäftsführerin, stellv. Vorsitzende des GPR LL
Tel. 06101-50 02 66, Fax 06101-50 02 67
e-mail: r.storn@gew-offenbach.de

Uli Simonis
Rechtsberater, stellv. Vorsitzender des GPR LL
Tel. 06106-1 71 18, Fax 06106-69 76 19
e-mail: u.simonis@gew-offenbach.de

Weitere Mitglieder des Kreisvorstands:

Werner Theobald
Stellv. Vorsitzender, Pressearbeit
Tel. 069-53 05 90 10, Fax 069-53 05 90 12
e-mail: w.theobald@gew-offenbach.de

Rainer Spatz
Vorsitzender des GPR LL, FG Berufl. Schulen,
Mitglied im DGB-Regionsvorstand Main-Kinzig/
Offenbach/Wetterau
Tel. 069-61 73 64, Fax. 069-61 73 64
Handy 0170-5442778
e-mail: r.spatz@gew-offenbach.de

Edith Knecht
Vertreterin der Pensionäre
Tel. 06102-3 98 40
e-mail:edith.knecht@t-online.de

Martin Koch
Vertreter der Pensionäre
Tel. 06102-3 13 14, Fax 06102-73 38 90
e-mail: MKoch@t-online.de

Christiane Ostersetzer
Tel. 06159-1036, Fax 06159-91 30 66

Marion Altenburg
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe, GPR LL
Tel. 06102-72 21 92, Fax 06102-72 21 94
e-mail: m.altenburg@gew-offenbach.de

Gisela Beez
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe, GPR LL
Tel. 06104-13 97, Fax 06104-6 63 80
e-mail: g.beez@gew-offenbach.de

Susanne Kannwischer
Grundschule, GPRLL
Tel. 06108-6 72 23
e-mail: s.kannwischer@gew-offenbach.de

Edna Vornberger
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe, GPR LL
Tel. 06074-38 66, Fax 06074-38 66
e-mail: e.vornberger@gew-offenbach.de

Rolf Blees
Tel. 06103-5 12 79
e-mail: rolfblees@web.de

Norbert Weimann
Kooperative Gesamtschule,
FG Haupt- und Realschule
Tel. 069-82 37 50 48, Fax 069-82 37 50 49
e-mail: famweimann@t-online.de

Winfried Scholz
m.t. Fachlehrer
Tel. 06106-56 19
e-mail: winsports@gmx.de

René Schüttke
Sonderschule, GPR LL
Tel. 06074-4 27 62
e-mail: rene.schuettke@t-online.de

Beate Ackermann
Haupt- und Realschule
Tel. 06108-7 64 16

IG-Metall-Streik mit Ruth Storn und Manfred Tybussek

KV OF-Stadt

Kreisvorsitzendenteam:

Gabriele Bechtel
Sonderschule und Integration, Gemeinsamer Unterricht;
OK-Team; stellv. Vorsitzende des GPR LL
Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt
Tel. 069-415320
e-mail: g.bechtel@gew-offenbach.de

Winfried Deschauer
Sekundarstufe I; GPR LL
Brandsbornstr. 73, 63069 Offenbach
Tel. 069-842130,
e-mail: w.deschauer@gew-offenbach.de

Michael Köditz
Berufliche Schulen und sozialpädagogische Berufe;
Medien- und Pressearbeit; OK-Team; GPR LL
Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt
Tel. 069-40807840
e-mail: m.koeditz@gew-offenbach.de

Weitere Mitglieder des Kreisvorstands:

Dr. Wolfgang Christian
Soziale Offensive Offenbach und Para Nicaragua;
Pressearbeit; OK-Team
Kantstr. 18, 63067 Offenbach
Tel. 069-810078
e-mail: w.christian@gew-offenbach.de

Hildegard Feuchter
Grundschule, Frauenfragen; Kreisrechnerin, Rechtsberaterin, Pensionsberatung; OK-Team; GPR LL
Dreieichring 16, 63067 Offenbach
Tel. 069-886649
e-mail:h.feuchter@gew-offenbach.de

Gerda Günther
Gymnasien und gymnasiale Oberstufe; OK-Team; GPR LL
Weinbergstr. 1, 63073 Offenbach
Tel. 069-897970
e-mail: g.guenther@gew-offenbach.de

Christa Rugen
Haupt- und Realschulen; Mitgliederverwaltung; OK-Team
Am Mühlgraben 58, 63263 Neu-Isenburg
Tel. 06102-320833
e-mail: c.rugen@gew-offenbach.de

GPR LL = Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Offenbach

OK-Team = Mitarbeit bei der Produktion der Fernsehsendungen für unsere Sendereihe „GEW-TV" im Offenen Kanal

von links: Gabriele Bechtel, Hildegard Feuchter, Winfried Deschauer, Michael Köditz

Wir brauchen eine starke Gewerkschaft!

Mehr Arbeit

höhere Unterrichtsverpflichtung

gesunkene Altersentlastung

zusätzliche Aufgaben

eine Flut neuer Erlasse

mehr Prüfungen

mehr Klassenarbeiten

Abbau von Unterstützung

z.B. durch Medienassistenten

Schwierigere Arbeitsbedingungen

größere Klassen

Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten

Abbau von Fördermaßnahmen,

Beratungskapazitäten und sozialpäda-

gogischer Unterstützung innerhalb

und außerhalb der Schule

mangelhafte räumliche Bedingungen

unzureichendes Material

Und dafür:

ständige Verschlechterung der

Krankenversorgung

ständige Pensionskürzungen

und nun noch:

weniger Geld?

Es reicht!

GEW-TV: unsere Sendungen im „Offenen Kanal“

Zu den Landtagswahlen:
Schulpolitik auf dem Prüfstand
Irlis Gussmann (Schulleiterin),
Thomas Findeisen und Gerd Müller
(Schulleiter) im Gespräch
mit Dr. Wolfgang Christian (GEW)

Montag, 3.2., 21.05 Uhr;
Wiederholung am
Samstag, 8.2., um 17.05 Uhr

Demokratie lernen in der Schule?
Schülervertretung in der Kritik
Setareh Radmanesch und
Kati Wanzek (SV) im Gespräch
mit Dr. Wolfgang Christian (GEW)

Montag, 3.3., 21.05 Uhr;
Wiederholung am
Samstag, 8.3., um 17.05 Uhr

Lernen ohne Zwang - 2 Teile
(Wiederholung)
Dr. Gabriele König (Geschäftsführerin
der Kinder-Akademie Fulda),
Werner Lange (Hortleiter der
Lehrerkooperative Frankfurt),
Christine Lipp-Peetz (Autorin)
und Elke Redelberger-Qotaibah
(Studierende) im Gespräch
mit Michael Köditz (GEW)

Teil I
Montag, 31.3., 21.05 Uhr;
Wiederholung am
Samstag, 5.4., um 17.05 Uhr

Teil II
Montag, 5.5., 21.05 Uhr;
Wiederholung am
Samstag, 10.5., um 17.05 Uhr

Achtung: Terminänderungen sind möglich!
Die aktuellen Daten finden Sie auf unserer Homepage unter GEW-TV.

Weitere Informationen und Kontakt unter www.gew-offenbach.de